

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Abonnement: 10 Pf. mit Ausnahme der Fälle, wo der Abdruck
der Zeitung preis mindestens 0,50 Pf. kostet. monatlich 2,20 Pf. Mindest-
abonnement 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Pf. unter
Sachband 2,50 Pf. — Anzeigenpreis: Die 10 geprägten Blätter
mindestens über 100 Pf. — Der Preis der einzelnen Blätter ist
niedriger als oben. Mindest 12 Pf. Beiträge u. Berichtigungen
niedriger als oben. Mindest 12 Pf. Die gebrauchte Werbung kostet
aber höchstens 6 Pf. Stell und viele! Die gebrauchte Werbung kostet
aber höchstens 6 Pf. Stell und viele! Die gebrauchte Werbung kostet
aber höchstens 6 Pf. Stell und viele! Die gebrauchte Werbung kostet
aber höchstens 6 Pf. Stell und viele!

"Der Rote Stern", "Der Kommunistische Gewerkschaftler", "Rote Hilfe"
"Die Kommunistin", "Der Genossenschaftler", "Tribüne", "Der Jungproletar"

Begründet von Bernhard Schötländer (März 1920 ermordet)

Wochen,
24 April 1924

20 Goldmillionen für Giesecke

Staatskredite zu „entgegengesetzten Bedingungen“
Verhandlungen in der Duntelkammer

Breslau, 23. April.

Seit vor Jahresfrist hat der Giesecke-Konzern belästigt von der preußischen Regierung einen Kredit von 15 Goldmillionen erhalten. Unter welchen Bedingungen wurde nicht bekannt. Der Giesecke-Konzern behält aber trotz der Kreditgabe frei Hand, nach zwei Seiten zu verhandeln, sowohl mit der staatlichen „Preußischen Berg- und Hütten-Akt.-Ges.“ (der sogenannten „Herrmann“) als auch mit der amerikanischen Harriman-Gruppe. Im Herbst vorigen Jahres wurde dann bekannt, daß Giesecke bereit sei, seinen gelannten Besitz, auch die schlesischen Anlagen, dem amerikanischen Konzern zu übertragen. Das war selbstverständlich eine glatte Auslieferung an die Giesekeleute.

Wie nunmehr gemeldet wird, steht eine andere Regelung bevor. Die Harriman-Gruppe übernimmt den polnischen Teil des Giesecke-Konzerns, nachdem das polnische Parlament die Gießereiwohne von 30 Millionen an Steuern befreit hat. Die deutsche Zinnsfelder verbleiben Giesecke, der auf deutschem Gebiet selbst eine Zinnschmelze errichtet. Die Finanzierung des Zinnschmelzbauers erfolgt mit Hilfe eines Darlehens Preußens und des Reiches in Höhe von 20 Millionen Goldmark.

Auch diesmal bleibt wieder unbekannt, auf welcher Grundlage dieser Kredit gegeben wird. Selbst das schlesische Berliner "Tageblatt" erhebt eindeutig die Frage, welche Sicherungen Reich und Preußen erhalten, da Giesecke eine Firma sei, die in den letzten Jahren laufmännisch Voricht und Überlegenheit vermischt ließ. Nach der "Rheinisch-Westfälischen Zeitung" erhält Giesecke ähnlich wie bei dem

oberösterreichischen Eisenrennstahl das Darlehen zu entgegengesetzten Bedingungen als Ausgleich für die Schäden, die Giesecke infolge der Teilung Österreichs und durch den Polnaufstand erlitten hat". Die oberösterreichischen Bürglinge, die seit Jahren in bitterster Leid, werden mit Gestalten davon Kenntnis nehmen, wie fürsorglich Staat und Reich sich um die Klärung der Schäden bei der Großindustrie bemühten. Es geht jedenfalls klar aus der Mitteilung "R.W.J." hervor, daß es sich um ein gutes Staatsgeheimtum an die Giesekeleute handelt.

Interessant ist noch, daß Preußen in seinen Verhandlungen mit Giesecke Einflußnahme, Mithilfe im Ausland reicht für seine Hilfe fordert. Ancheinend hat der Giesecke-Konzern seine Verhandlungen mit Harriman beauftragt, um einen Druck auf Preußen auszuüben, so daß dieses nunmehr zu einer Geldgabe ohne irgendwelche Kontrolle bereit ist. Den Patrioten des Giesecke-Konzerns war eben selbst die Drohung mit ihrem landesverträglichen Verkauf an Harriman recht, um für sich Millionen herauszuschlagen. Hebrigens werden all diese Verhandlungen unter völliger Ausschaltung des Parlaments und der Öffentlichkeit vor einer reaktionären, kapitalistischen und ergebenen Bürokratie geführt.

Angesichts dieser Tatsachen fordern wir sofortige Bekanntgabe der Verhandlungen und der erhaltenen Sicherungen für die gegebenen Kredite. Wir fordern ferner Staatskontrolle des Giesecke-Konzerns unter Mitwirkung der Betriebsräte. Der geplanten neuen Verschuldung der 20 Goldmillionen an landesverträgliche Patrioten muß mit aller Stärke entgeggetreten werden!

Der Fürstenausschuß aufgeflogen!

Keine Mehrheit für den § 2 des Kompromißentwurfs

(Eig. Drabik.) Breslau, 23. April.

Die Verhandlungen über das Fürstenausschuß im Reichsausschuß des Reichstages sind abgebrochen worden. Zur Debatte stand der Paragraph 2, dessen erster Absatz lautete:

„Für eine Gesamtauseinandersetzung, wenn eine solche nicht bereits nach der Staatszusammenfügung des Jahres 1918 durch Geheimspruch, Vertrag oder Vergleich erfolgt ist, ist das Reichsondergericht ausschließlich zuständig.“ Ob eine vorausgegangene Regelung eine Gesamtauseinandersetzung ist, entscheidet das Reichsondergericht nach eigenem Ermessen.“

In der Debatte über diesen Paragraph sprach zunächst der badische Deutschnationalen Dr. Hantemann, der forderte, daß die badische Dynastie durch das neue Gesetz noch etwas dazu bekommt. Dieser unverschämte Antrag fand bei allen Regierungsparteien sympathische Aufnahme. Durch Anfragen der Genossen Reubauer und Rosenberg wurde ferner der folgend erbauliche Zustand festgestellt: Würde der Regierungsentwurf Gesetz werden, und würde dann zugleich das Fürstentum mit seinem früheren Land sich einigen, so kann jeder beliebige Prinz oder Prinzessin die Sache wieder ausspielen. Ein Vergleich zwischen Preußen und den Hohenzollern möchte z. B. die Einwilligung von 49 Prinzen und Prinzessinnen des erlesenen Hauses erfordern. Jede einzelne Prinzessin könnte mit ihren Ansprüchen zu dem Sondergericht geladen kommen. Ein verachtliches Spiel mit dem Willen der Volksmeier.

Die Sozialdemokraten, die sich bei der Abstimmung über den unveränderten Paragraph 1 der Sätze einhalten haben, stellten nunmehr den Antrag, den Paragraph 2 mit einschließlich der Kraft zu verfehlern, also auch auf schon erledigte Vergleiche zwischen Ländern und Fürstentümern zu beziehen. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Dann wurde über den Paragraph 2 abgestimmt. Es wurde mit den 11 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Böllischen gegen die 10 Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt. Die Deutschnationalen enthielten sich der Abstimmung. Danach bin ich erstaunt, die Redner der Regierungsparteien sehr gerettet, daß weitere Verhandlungen so doch zwecklos seien, für den Fortgang der Verhandlungen sprach sich sonderbarweise der Deutschnationale Berater aus. Zugleich wurde die Sitzung geschlossen.

Was wird nun geschehen? Die Regierung läßt eine Erweiterung des Kominternblocks. Die Demokraten müssen, daß die SPD diese Erweiterung darstellt, während ein Teil der Deutschen Volkspartei die Deutschnationalen ziehen möchte. In den nächsten Tagen wird der Aufstand in diesem Staat unter-

nommen werden. Es liegt an den sozialdemokratischen Arbeitern, neue Kompromißlinie ihrer Abgeordneten zu verhindern.

Das Schandkompromiß muß verschwinden! Die Massen werden dann im Volksentscheid sprechen!

Vom Tage

Im Sächsischen Landtag stimmte der sozialdemokratische Polizeipräsident von Dresden, Kühne, für Strafverfolgung 3 kommunistischer Abgeordneten. Es kam zu einem Zusammentrieb, und die Sitzung mußte unterbrochen werden.

Die Elterheitswahlen werden in der Mehrzahl der Provinzen (mit Ausnahme von Sachsen) am 6. Juni stattfinden.

Die Kreisgeneralversammlung der SPD für Halle und Saale-Kreis beschloß einstimmig, von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Ablehnung des Kompromißantrages zu fordern.

Nunmehr wird bekannt, daß der badische Oberamtmann Scheible, der angeblich wegen politischer Vergehen in Paris verhaftet worden sein soll, bei einer Razzia in einem Bordell an dem Montemartre festgenommen wurde.

Der Reichsausschuß für das Wohnungswesen beschloß gestern, die Bestimmungen über den Mieterschutz dahingehend abzuändern, daß eine Klage erhoben werden kann, wenn der Mieter mit der Miete über einen Monat im Rückstand ist. Bisher galten die Bestimmungen für zwei Monate.

Die Vorverhandlungen über den Mieterschutzstand in Marokko sind gescheitert. Sie wurden abgebrochen, ohne daß eine neue Zusammenkunft festgelegt wurde.

Die englische Eisenbahndelegation mit Oliver an der Spitze ist in Moskau zum Studium der Lage und des Vertragsvertrags eingetroffen.

Der lettische Nationalenklub hat nach sovielnamit einem saudischen „Grauhundenlegion“ gegründet.

Die Manöver der Fürstenknöte

Kompromißentwurf oder Volksentscheid?

Es ist nicht zu viel gesagt, der Ausgang des Volksbegehrens hat die Reichsregierung in einen Zustand der Bestürzung versetzt. Sie mag damit gerechnet haben, daß sich beim Volksbegehren 5 bis 6 Millionen Wähler in die Lüste eingekehrt wären, und damit hoffte sie, würde der Volksentscheid ins Wasser gesunken sein. Nun, da es nahezu 13 geworden sind, hat sie der blöde Schrecken erfaßt. Sie fürchtet sich vor dem Volksentscheid, dem selbst rechtsliegende Blätter einen vollen Sieg prophezeien. Mit allen Mitteln der behördlichen Sabotage und des Regierungstors soll dieser Sieg verhindert werden.

Die Verfassung, ja was ist es mit dieser Verfassung, in der geschrieben steht, daß die Staatsgewalt vom Volle ausgehe? Die Verfassung ist für die Reichsregierung ein Blatt Papier geworden. Schön beim Volksbegehren konnte sich die Regierung einer größeren Parteinahe für die Interessen der Fürsten nicht enthalten. Jetzt ist ihr Tun darauf gerichtet, den Ausgang des Volksbegehrens zu ignorieren. Noch vier Wochen hat es gebaut, bevor das amtliche Resultat bekannt gegeben wurde, und noch immer zögert die Regierung, den begehrten Kompromißentwurf dem Reichstag zu überreichen.

Doch § 43 des Gesetzes über den Volksentscheid die unverzügliche Einbringung eines vom Volle begehrten Kompromißentwurfs an den Reichstag der Regierung zur Pflicht macht, interessiert die Regierung wenig. Daher interessiert sich die Regierung um so mehr für das Zustandekommen eines Kompromisses, das an dem bisherigen Zustand praktisch nichts ändern soll, und an dem lediglich zu dem einen Zweck gearbeitet wird, dem Volle vorzutragen, daß sich der Volksentscheid erfülle, da das Kompromiß alles das enthalte, was dem Begehrten entspreche.

Der Kompromißentwurf, ein wahrer Wechselbalg, der nunmehr in seiner vierter Fassung dem Reichstag vorliegt, wird durch die dauernde Unarbeit nicht besser, er verschlechtert sich vielmehr, je länger daran gearbeitet wird. Herr, vergib diesen Volksvertretern, denn sie wissen nicht, was sie tun. Man hat sich endlich auf vier Richter und vier Betriebsräte geeinigt. In gewissen Punkten ist man auch, so heißt es, den Forderungen der Demokraten und den Wünschen der preußischen Regierung, für die das Kompromiß schlimmer war als der mit den Hohenzollern geplante Vergleich, entgegengestanden. Aber alle juristischen Formulierungen, die so oder so ausgelegt werden können, werden praktisch als Finessen entlarvt, weil eben das Sondergericht die leige Entscheidung zu fallen haben wird.

Und über welche Objekte soll das Sondergericht entscheiden? Praktisch gehen eigentlich nur über drei: über die Ansprüche der Hohenzollern, der Hessen und die des Coburger Herzogs. Alle anderen Fälle, wo bereits Gesamtvereinbarungen erfolgt sind, scheiden praktisch so gut wie aus. Hier kann das Gericht zu einer neuen Entscheidung nur dann angerufen werden, wenn ein übereinstimmender Antrag beider Parteien vorliegt. Wenn sich ein solcher gemeinsamer Antrag jemals eingebracht werden? Die Fürsten, die ihr Heu bereits in den Scheunen haben, werden sich schon hüten. Also niemals! Und außerdem kann das Gericht eine Entscheidung über bereits ergangene Urteile und Schiedssprüche nur fällen, wenn der Beschluss mit Zweidrittelmehrheit gefasst wird. Eine solche Zweidrittelmehrheit wird nie zustande zu bringen sein. Was soll da das ganze Sondergericht und was sollen vor allem die vier Schönen berühmt gewordene Richter tun, auf die man besonders stolz ist, wenn rückwärtende Beschlüsse an eine Zweidrittelmehrheit gebunden sind? Die Täufung der Volksmaßen ist offenkundig.

Und wie steht es mit dem Reichstag? Es läßt sich, wie es scheint, durch den Willen der Wähler nicht belehren. Ein toller Streit ist darüber entbrannt, ob der Kompromißentwurf verfassungsgemäß sei, zu seiner Annahme also eine Zweidrittelmajorität erforderlich ist. Die Regierung hat sich mittlerweile entschieden, das Gesetz für verfassungsgemäß zu erklären. Wie will man nun die Mehrheit im Reichstag zu Stande bringen?

Die Deutschnationalen sind prinzipielle Gegner jeder irgendwie gearteten Neuregelung. Sie werden gegen das Kompromiß stimmen, und eine Zweidrittelmehrheit könnte unter diesen Umständen nur dann erzielt werden, wenn sich die Deutschnationalen Fraktion, wie schon bei anderen Gelegenheiten, wieder einmal halbiert, also einen Teil ihrer Abgeordneten zur Stimmenthaltung abstimmen würden. Gewisse Demokraten rechnen damit. Aber auch das Manöver hätte nur dann einen Zweck, wenn man der Zustimmung der Sozialdemokraten sicher wäre!

Zwischen taucht drohend am politischen Horizont ein neues Geheimnis auf. Eine Regierungskrise ist im Anzuge. Alles wegen der Milliarden, die den Fürsten nachgeworfen werden sollen und alles wegen des mit übermächtiger Mehrheit befürbten Willens des Volles, diesen Raubzug zu verhindern. Das Land des Retters scheint praktisch ohne Retter zu sein. Vielleicht hilft ein kleiner Verfassungsbruch? Und in der Tat, die Reichsregierung traut sich mit der Absicht, eine Verfassungsänderung vorzunehmen, um Volksbegehr und Volksentscheid für die Zukunft unmöglich zu machen. Der Reichstagspräsident Löbel hat in Breslau von diesen Absichten der Regierung erzählt, und auch Herr Curtius, des Reiches neuerster Wirtschaftsminister, lagte in einer Rede in Karlsruhe, unter Hinweis auf ein von den Aufwärtern geplantes Volksbegehren, daß sich die Reichsregierung mit allen Mitteln und mit der ganzen Autorität gegen ein solches Volksbegehren stemmen werde. Nun wissen hoffentlich auch die Aufwärter, woran sie sind.

Aber was die Regierung auch planen möge — für uns gibt es nur eins: das vom Reichstag entscheidet, was für uns gilt: das vom Volle begehrte, für das sich rund 13 Millionen deutscher Männer und Frauen unterschiedlich erklärt haben. Die Mikrofonung, die Regierung und Reichstag dem Volkswillen entgegenstehen, der Verteilung, der durch das Komintern an den mündigen Wählern und Wählerinnen vollzogen werden soll, die dunklen Blöme zur Abänderung der Verfassung und alle großen und kleinen Schiedssprüche jener Parteien, die von Eliten beherrscht werden und für die das Volk nur gut genug ist, wenn es als Stimmzettel dienen kann — all diese Manöverchen und

Zu den Delegiertenwahlen im Bergarbeiterverband

Am Sonntag, dem 25. April, finden im Bergarbeiterverband die Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung statt, die Mitglieder sollen an diesem Tage entscheiden, wen sie mit der Vertretung ihrer Interessen auf dieser Tagung beitreten. Es ist selbstverständlich, daß der Vorsitzende jetzt noch einen Versuch macht, um gegen die Kommunisten, gegen die Opposition überhaupt, ein wenig zu holen, um die sogenannten "Mittelstufen", denen die Kommunisten alles mögliche "zugestehen", davon zu überzeugen, daß es richtig ist, die "alten bewährten" Gewerkschaftler vom Schlag Husemann und Genossen als Delegierte zu entsenden. Diesem Zweck dient auch ein Artikel der "Bergarbeiter-Zeitung" Nr. 16, überschrieben:

"Kommunisten und Bergarbeiterverband".

Die Führer des Bergarbeiterverbandes fühlen, daß sich innerhalb der Mitglieder ein Stimmungsumschwung bemerkbar macht, der ihnen verhängnisvoll erscheint. Die Befreiungen der Kommunistischen Partei zur Herbeiführung des Gewerkschaftseinheitsnational wie international werden von immer breiteren Arbeiterschichten als der einzige mögliche Weg erkannt, auf dem die Arbeiterschaft siegen kann. Es ist selbstverständlich, daß auch auf der Generalversammlung, auch gegen den Willen der Husemanns, zur Frage der Gewerkschaftseinheit gesprochen werden muß. Um nun bei den Mitgliedern Eindruck zu machen und sie zu veranlassen, von der Wahl der Kommunisten Abstand zu nehmen, wird nach der Methode: "Saget den Dieb", von angeblicher Verleumdung der braven Gewerkschaftsführer gesprochen und dabei aber mit den übelsten Methoden gegen alle, die Interessen der gesamten Arbeiterschaft berührende Fragen geht.

In dem Artikel der "Bergarbeiter-Zeitung" werden vier Hauptfragen behandelt, und zwar:

1. Die Befreiungen zur Herbeiführung der internationalen Gewerkschaftseinheit.

2. Die Anträge zur Generalversammlung, wobei sich Husemann und Genossen als Vorläufer für die Sozialisierung empfehlen.

3. Die Amerikareise Husemanns.

4. Warum die deutschen Bergarbeiterführer nicht nach Sowjetrussland fahren wollen.

Weitere "Enthüllungen" aus der kommunistischen Gewerkschaftspraxis werden noch angekündigt. Wir werden eingehend und sachlich zu allen Fragen Stellung nehmen, die Mitglieder des BAV mögen dann entscheiden.

Ist die Herbeiführung der internationalen Gewerkschaftseinheit notwendig?

Angesichts der Vorläufe der Kapitalisten in allen Ländern wird es kein Bergarbeiter wagen können, die gegenteilige Behauptung aufzuweisen. Auch die Führer des BAV werden sich, wenn sie vor den Mitgliedern sprechen, als die "wärmlsten Freunde der Einheit" ausspielen, weil dieses ein billiges Vergnügen ist. Anders aber, wenn es gilt, mit der Tat dafür einzutreten und eventl. dem Beispiel zu folgen, dem die englische Gewerkschaftsführer Ausdruck geben, als sie das englisch-russische Einheitskomitee bildeten und in Wort und Schrift die Herstellung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternational, den bedingungslosen Zusammenschluß der RGI mit der Amsterdamer Internationale forderten. Das wollen die werten Kameraden des BAV nicht, deshalb ihr Kampf allen Befreiungen, die in dieser Hinsicht gemacht werden, darauf ist auch der Artikel der "Bergarbeiter-Zeitung" eingestellt.

Einleitend werden große "Enthüllungen" gebracht über die von der Kommunistischen Partei immer wieder betonten Befreiungen zur Herbeiführung der gewerkschaftlichen Einheit im nationalen wie im internationalen Maßstab. Es wird gezeigt, daß, wie für diese Einheitsbestrebungen jetzt eine besondere Aktionsgesellschaft gegründet sei, die für Deutschland die "Einheit" und ähnliche Blätter auch schon in anderen Ländern plant oder herausgibt. Die Gesellschaft sei mit einem Kapital von 16 000 Mark gegründet, wovon aber kaum 20 Prozent eingesetzt seien fallen. Mit diesem Betrag sei aber nicht einmal die deutsche "Einheit" allein zu finanzieren, so sagt der BAV, aber wenn es an Geld mangle, wird ja Moskau schon freundschaftlich ausschaffen. Ginnen allein bereits 155 Anteile und beherrliche damit die ganze Gesellschaft. Hierbei stellt aber der BAV fest, daß nur Ginnen und Libars (Belgien) verantwortliche Führer der Gewerkschaftsbewegung sind, die übrigen Einheitsapostel hätten satisch niemand hinter sich. (!)

Es ist mehr als bezeichnend, daß dieser Teil des Artikels von der gesamten Unternehmerpreise als große Sensation nachgedruckt wird. Die Freunde der "Einheit" haben sich also getroffen, sowohl aus dem Lager der Unternehmer, als auch aus dem Arbeiterlager.

Aber die "Bergarbeiter-Zeitung" kann auch anders. In Nr. 9 erschien ein Artikel: "Internationale Einheitskontrahenten", in dem auf das Erscheinen dieser Zeitschriften für Herbeiführung der "Einheit" hingewiesen wurde. Dabei wurde gezeigt:

"An sich können solche Publikationen nur nützen, denn die Einheit muss kommen und wer sie in ehrlicher Weise fördert, macht sich um die Arbeiterschaft verdient."

Außerdem wurde hier gegenüber allen sonstigen sozialdemokratischen Publikationen über die russischen Gewerkschaften darauf hingewiesen:

"Das die russische Gewerkschaftspolitik in England von anderen Gewerkschaften aus berechnet werden sollte, als die sozialistische Gewerkschaftspolitik. Damit würde die vom IGB, wie mitgemachte kleinliche Kritik der russischen Gewerkschaften, deren Aufrechterhaltung für alle Arbeiter so wichtig ist, wie die Auseinandersetzung der Sowjetpubliz überhaupt, gegenstandslos."

Über diese Worte täuscht auch nicht hinweg, wenn am Schlusse gelagt wird, daß diese Zeitschriften nicht als Vermittler betrachtet werden können, weil sie nur die eine Seite als Stütze darstellen suchen. Denn es muß beachtet werden, daß dieser Artikel aus dem Lager des IGB kommt, wonut bewiesen wird, daß hier noch immerhin Leute leben, die entgegengegesezt der Stellungnahme der deutschen Bergarbeiterführer, es aber sich bringen zur Frage der Einheit Stellung zu nehmen, für die Einheit einzutreten, die ausdrücklich erklärt, daß sie

sich der sozialistischen Arbeit mit rassischen Gewerkschaften abhalten, die es aber noch nicht ganz mit den sozialistischen Gewerkschaften vertragen wollen, die als die Rasse der Freunde der Einheit bei der Arbeiterschaft des ganzen Welt bekannt sind.

Diese Gebotage gilt es zu brechen, dem Weltkapitalismus muß eine einheitliche Gewerkschaftsinternationale entgegengestellt werden, die endlich von dem Gedanken des Nationalstaates auch willens ist, alle Kräfte der Arbeiterschaft zu einheitlichem Handeln zusammenzufassen.

Deshalb gilt es, Kameraden zu wählen, die genügt sind, im Sinne der Einheit der Internationalen Gewerkschaftsbewegung zu wirken.

Bergarbeiterzeitung und Verbandsstag

Die "Bergarbeiter-Zeitung" hat in den letzten Wochen gegen die Kommunisten eine besondere Hege betrieben. Nun wurde in Nr. 16 angekündigt, daß man in Nr. 17 ein ganz schweres Geschütz auffahren würde, mit dem alle Kommunisten eins für allemal totgeschossen werden sollten. Jetzt ist die Nr. 17 der "Bergarbeiter-Zeitung" erschienen, aber die angesündigten groben Bomben ist nur ein ganz kleines Läufchen, da bei seinem Plausch bei allen Kommunisten und oppositionellen Verbandsmitgliedern höchstens ein mittelbares Läufchen hervorruft wird. — Wielich, ihr Kollegen von der "Bergarbeiter-Zeitung", wenn ihr nicht mehr auf Lager habt, dann mißt ihr wenigstens nicht drohen, denn lange machen gilt nicht!

Doch wir wollen hier einige Worte auf das durch die "Bergarbeiter-Zeitung" aufgedachte "Verbrechen" der Kommunisten eingehen. Die "Bergarbeiter-Zeitung" entrüstet sich, daß eine Bezirksleitung der SPD an ihre Mitglieder ein Rundschreiben verschickt hat. Die "Bergarbeiter-Zeitung" dringt das Rundschreiben ab, um damit den Eindruck zu erwecken, als wenn die Kommunisten heimlich eine bolschewistische Gewerkschaftsarbeit verrichten. O nein, werte "Bergarbeiter-Zeitung", die Kommunisten haben nichts zu verheimlichen, und das was in dem Rundschreiben gesagt wird, wird von uns auch in aller Offenheit ausgesprochen.

Den Jubaslohn für die Spieldienste, die die "Bergarbeiter-Zeitung" denjenigen zahlt, die ihr die Rundschreiben zutragen, kann sie sich ersparen. Im Interesse des Verbandes sind wir bereit, alle Rundschreiben, die wir als Partei an unsere Mitglieder verschicken, wenn die "Bergarbeiter-Zeitung"

so möchte, möglichst auch mir zu schicken, weil wie der Vorsitzende noch, daß wenn noch andere Rundschreiben im Bergbau eingeschoben werden, der Vorsitzende sehr wohl eine solche neue soziale Gewerkschaftsorganisation sieht, als es heute ist.

Was ist nun der Inhalt des Rundschreibens, der die "Bergarbeiter-Zeitung" so in Brand bringt? Da dem Rundschreiben werden die Mitglieder bestimmt aufgerufen gewählt, daß die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, am Sonntag, dem 25. April 1926, in der Zeit von 2 bis 6 Uhr, stattfindet. Die weiteren werden die BAVD-Mitglieder aufgerufen, dafür zu sorgen, daß alle Verbandsmitglieder sich reihen an der Wahl beteiligen. Ist das ein Verbrechen? Ja, lieber "Bergarbeiter-Zeitung", weiß du denn nicht mehr, daß du dich bei allen Wahlen barbare bestreikt hast, daß die Wahlbeteiligung bei den Delegiertenwahlen nimmt so gering war? Nun, wie Kommunisten wollen dafür sorgen, daß bei den diesjährigen Wahlen über alle Verbandsmitglieder beteiligt. Wie sind überzeugt, daß, wenn alle Verbandsmitglieder aktiv am Leben des Verbandes — dazu gehört auch das Wählen — teilnehmen, der Verband an Größe gewinnt gegenüber dem Grubenspatz außerordentlich zunehmen wird.

Ganz besonders gerät die "Bergarbeiter-Zeitung" aber in Aufruhr, weil in dem Rundschreiben gesagt wird, daß die SPD-Mitglieder nur die vorgeschlagenen Kommunisten wählen und auch für sie agitieren sollen. Ja, werte "Bergarbeiter-Zeitung", man kann uns doch wirklich nicht auffordern, daß Kommunisten die übrigen Verbandsmitglieder auffordern sollen, den sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen und nicht den Kommunisten. Es gibt ohne Zweifel auch gute sozialdemokratische Arbeiter im Bergarbeiterverband, mit denen wir Kommunisten Schüler an Schüler für die Interessen der Bergarbeiter kämpfen. Über es gibt auch sehr viele, die in ihrer arbeitsgemeinschaftlichen Ideologie genau so wie die Redaktion der "Bergarbeiter-Zeitung" verblüfft sind und ein Augsatz für den Verband bedeuten. Diese dürfen unter keinen Umständen zur Generalversammlung geschickt werden, weil sie den Fortschritt und das Wachsen des Verbandes hindern.

Zum Schluß entrüstet sich die "Bergarbeiter-Zeitung", daß auch die Roten Frontkämpfer zur restlosen Beteiligung an der Wahl aufgerufen werden sollen. Darüber soll sich die "Bergarbeiter-Zeitung" nur freuen, denn sie kann daraus entnehmen, daß die SPD-Mitglieder auch im Roten Frontkämpferbund gute gewerkschaftliche Erziehungsarbeit leisten, was für den Verband nur von grossem Nutzen sein kann.

Alles in allem zeigt die "Bergarbeiter-Zeitung" durch die Veröffentlichung des Rundschreibens, daß die Verbandsmitglieder am Sonntag er streikt, alle zur Wahlurne gehen müssen und ihre Stimme abzugeben haben für die oppositionellen Kandidaten.

Die niederschlesischen Kohlenbarone spekulieren auf einen Streit in England

Untötigkeit der reformistischen Gewerkschaftsführer — Was sagen die Kumpels?

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Welcher aufmerksame, im Bergbau beschäftigte Arbeitskollege verfolgt nicht die Entwicklung des Konflikts im englischen Bergbau mit größtem Interesse? Er sieht dort leider ein anderer Wind zu wehen und hofft, dieser Wind möge sich nach Dauers-Deutschland wenden und die auch so phlegmatischen, "Ruhe und Besonnenheit" predigenden deutschen Bergarbeiterführer aus dem Schlosse rütteln! Wahnsinn! Es ist höchstens Zeit, daß diese aufwachen! Der Kumpel, wenn er früh zur Schicht geht, wird diese Leute aufwachen müssen! Denn diese Leute haben ein volles Jahrzehnt geschlafen! Ist es nicht ein Standart, daß man sich schämen muß, irgendeinem uneingeweihten Betanten zu sagen, daß man wohl trau und brav organisiert sei, wie überhaupt das niederschlesische Revier am besten organisiert sei, und . . . den

niedrigsten Hungerlohn

hat? Man muß sich schämen, seinen Verdienst zu nennen. Durch die jetzt herrschenden Feierlichkeiten steht der Bergarbeiter unter dem erwerbslosen Kollegen, denn diese kommen ohne Arbeit noch besser weg wie der Kumpel, der von seinen wenigen Groschen noch die vielen Beiträge, u. a. Erwerbslosenbeiträge, zahlen muß. Das alles wissen die Bergarbeiterführer sehr genau! Sie schreiben auch radikale Artikel in der "Bergwacht". Das ist alles, was sie zu tun vermögen! Zwei Bezirksleiter aus Waldenburg fahren nach Breslau zur Reichsgefuhrtswoche; das ist wohl das wichtigste?

Die Bergherren rechnen damit, daß sie im Falle eines Streits der englischen Kumpels die ganzen Halden verkaufen können und dabei wieder ihr Geschäft machen. Folgender Ausdruck eines höheren Beamten ist bezeichnend: "Uns fehlt nur ein Streit irgendwo!" Vielleicht so wie im vorigen Jahr der Streit in Mährisch-Ostrau, wo die hiesigen Gruben ihre Kolshalden restlos loswurden? Oder wie der lekte Bergarbeiterkreis im Westen, Mitteldeutschland und Oberschlesien, wo die niederschlesischen Kumpels Streitbrecherarbeiten verrichteten?

Was konnte man damals von den hiesigen Bergarbeiterführern hören: "Wir stehen ja im Vertragsverhältnis, der Tarif ist nicht gefündigt, wenn wir jetzt in den Streit treten, machen wir uns tarifbrüchig, aber die Behauptung, wir machen Streitbruch, ist irref, es geht nicht mehr Kohle hinaus wie früher!"

Durch den Polenkrieg mit Polen hatte das niederschlesische Revier gute Konjunktur, aber auch da hiess es, es ginge nicht zu streiken, es wäre eine Scheinkonjunktur, der Kampf müsse zum Frühjahr verschoben werden. Jetzt natürlich durch die Objektivität und die daraus folgenden Feierlichkeiten sei es unmöglich. Wenn es auch nicht ganz von der Hand zu weisen ist, daß in Zeiten der Wirtschaftskrise und Kurzarbeit die Zeit für Sozialkampf ungeeignet sind, so sind doch die

dnen Löhne im deutschen Bergbau aufzubessern. Das heißt, daß falls in England gestreikt wird, im deutschen Bergbau die Arbeit ruhen muß, um erstens den englischen Kollegen nicht in den Rücken zu fallen, und zweitens selbst zugunsten der deutschen Bergarbeiterforschung durch Ausübung dieses Moments etwas herausgeholt werden kann. Freilich hätte dies bedingt, daß jetzt schon und früher mit allen Mitteln durch die Verbände hätte gearbeitet werden müssen, um die Arbeiterschaft aufzuläutern, sie für die Kämpfe vorzubereiten.

Es ist der Arbeiterschaft noch nie gut gegangen, wenn es der Industrie gut ging. Das wird jeder Kumpel bezeugen können! Die Tatsache, daß wohl die Kumpels, wenn sie, wie z. B. in Hermendorf der Fall ist, mit 6, 9 oder 12 Mark Abschlag pro Woche nach Hause gehen müssen, durch die Unfähigkeit und Raritätigkeit der reformistischen Führer verzweifelt und gleichgültig sind, ist klar. Sobald aber von den Gewerkschaften der Wille zu einer Aktion, der Kampf, in Aussicht gestellt wird, die Forderung ergeht, an einem bestimmten Tage, falls die Forderungen nicht angenommen werden, die Arbeit geschlossen niedergelegt wird, werden auch die Kumpel verstehen, denn diese Zustände sind unhaltbar. Täglich mehrere, die Unfälle infolge der Untreue, die Behandlung wird täglich schlechter, der Lohn wird durch Herabsetzung der Gedinge abgebaut, so daß niemand fast mehr in der Lage ist, noch aber auch Verbandsbeiträge zu bezahlen. Das sollte den Führern zu denken geben! Die Husenmänner haben wohl bei der Tagung der Bergarbeiter-Internationale mit dafür gekämpft, daß der Kampf der englischen Kumpels, falls er ausbricht, mit allen Mitteln unterstützt werden muß, nach Deutschland zurückgelehrt, außerdem sie wieder wie immer die Schultern: "Wir können jetzt keinen Kampf führen, die Tarife sind nicht gefündigt, kein Geld" usw.

Unter den Funktionären, bis weit in die SPD-Großen hinein, herrscht Gewitterstimmung. Sie sehen heute ein, daß die Tarif der Gewerkschaften in Deutschland überdeckt ist usw., daß es endlich anders werden muß! Trotz wiederholter Forderung der Betriebsräte, wird von Seiten des BAV keine Reaktionserregung einberufen, um Stellung zu nehmen zu der lebigen Situation.

Die organisierten Kollegen haben bei jeder Gelegenheit jetzt zu fordern, daß Stellung genommen wird zu den Schlüssen der Bergarbeiter-Internationale, zu verlangen, daß dem Unternehmen der Unternehmer eine Antwort erteilt wird, wie sie es verdienen. Wir haben als bei voller Arbeit verhungernbrocken zu verlangen, daß der Kampf der Kollegen in England auch unser Kampf sein muß. Wir haben nichts zu verlieren! Deshalb sollen zum Verbandsstag nur oppositionelle Kollegen gewählt werden. Deshalb soll auch der 1. Mai ein Kampftag der deutschen Bergarbeiter sein für die Forderungen

Leben- und Arbeitsschicht!
Sicherung des Existenzminimums!
Kein Stück Kohle nach England!
Kampfsündnis auf breiter Front!

zu den Delegiertenwahlen im Bergarbeiterverband

Am Sonntag, dem 25. April, finden im Bergarbeiterverband die Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung statt. Die Mitglieder sollen am gleichen Tage entscheiden, wen sie mit der Vertretung ihrer Interessen auf dieser Tagung betreuen. Es ist selbstverständlich, daß der Hauptvorstand jetzt noch alles versucht, um gegen die Kommunisten, gegen die Opposition überhaupt, ein wenig zu holen, um die „alten Mitglieder“, denen die Kommunisten alles mögliche „flügeln“ davon zu überzeugen, daß es richtig ist, die „alten bewährten“ Gewerkschaftler vom Schlag Husemann und Genossen als Delegierte zu entenden. Diesem Zweck dient auch ein Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung“ Nr. 16, überschrieben:

Kommunisten und Bergarbeiterverband.

Die Führer des Bergarbeiterverbandes fühlen, daß sich innerhalb der Mitglieder ein Stimmungsumschwung bemerkbar macht, der ihnen verhängnisvoll erscheint. Die Befürchtungen der kommunistischen Partei zur Herbeiführung der Gewerkschaftseinheit, national wie international, werden von immer breiteren Arbeiterschichten als der einzige mögliche Weg erkannt, auf dem die Arbeitersklasse siegen kann. Es ist selbstverständlich, daß auch auf der Generalversammlung, auch gegen den Willen der Husemanns, zur Frage der Gewerkschaftseinheit gesprochen werden muß. Um nun bei den Mitgliedern Eindruck zu machen und sie zu veranlassen, von der Wahl der Kommunisten Abstand zu nehmen, wird nach der Methode: „Saget den Dieb“, von angeblicher Verleumdung der braven Gewerkschaftsführer gepronkt und dabei aber mit den selben Methoden gegen alle, die Interessen der gesamten Arbeitersklasse berührende Fragen geht.

In dem Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung“ werden vier Hauptfragen behandelt, und zwar:

1. Die Bestrebungen zur Herbeiführung der internationalen Gewerkschaftseinheit.

2. Die Anträge zur Generalversammlung, wobei sich Husemann und Genossen als Vorkämpfer für die Sozialisierung empfehlen.

3. Die Amerikareise Husemanns.

4. Warum die deutschen Bergarbeiterführer nicht nach Sowjetrussland fahren wollen.

Weitere „Enthüllungen“ aus der kommunistischen Gewerkschaftspolitik werden noch angekündigt. Wir werden eingehend und sachlich zu allen Fragen Stellung nehmen, die Mitglieder des BAV mögen dann entscheiden.

Ist die Herbeiführung der internationalen Gewerkschaftseinheit notwendig?

Angelichts der Vorstöße der Kapitalisten in allen Ländern wird es kein Bergarbeiter wagen können, die gegenteilige Behauptung aufzustellen. Auch die Führer des BAV werden sich, wenn sie vor den Mitgliedern sprechen, als die „wärmsten Freunde der Einheit“ ausspielen, weil dieses ein billiges Vergnügen ist. Anders aber, wenn es gilt, mit der Tat dafür einzutreten und eventl. dem Beispiel zu folgen, dem die englischen Gewerkschaftsführer Ausdruck geben, als sie das englisch-russische Einheitskomitee bildeten und in Wort und Schrift die Herstellung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale, den bedingungslosen Zusammenschluß der RGI mit der Amsterdamer Internationale forderten. Das wollen die werten Kameraden des BAV nicht, deshalb ihr Kampf allen Bestrebungen, die in dieser Hinsicht gemacht werden, darauf ist auch der Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung“ eingestellt.

Einleitend werden große „Enthüllungen“ gebracht über die von der kommunistischen Partei immer wieder betonten Bestrebungen zur Herbeiführung der gewerkschaftlichen Einheit im nationalen wie im internationalen Maßstabe. Es wird gefordert, wie für diese Einheitsbestrebungen jetzt eine besondere Weltgesellschaft gegründet sei, die für Deutschland die „Einheit“ und ähnliche Blätter auch schon in anderen Ländern plant oder herausgibt. Die Gesellschaft sei mit einem Kapital von 16 000 Mark gegründet, wovon aber kaum 20 Prozent eingesetzt sein sollen. Mit diesem Betrag sei aber nicht einmal die deutsche „Einheit“ allein zu finanzieren, so sagt der BAV, aber wenn es an Geld mangle, wird ja Moskau schon freundschaftlich ausschaffen. Gummien allein koste 155 Mark und beherrse damit die ganze Gesellschaft. Hierbei stellt aber der BAV fest, daß nur Gummien und Libars (Belgien) verantwortliche Führer der Gewerkschaftsbewegung sind, die übrigen Einheitsapostel hätten satisch niemand hinter sich. (!)

Es ist mehr als bezeichnend, daß dieser Teil des Artikels von der gesamten Unternehmertypus als groke Sensation nachgedruckt wird. Die Freunde der „Einheit“ haben sich also geswochen, sowohl aus dem Lager der Unternehmer, als auch aus dem Arbeiterlager.

Aber die „Bergarbeiter-Zeitung“ kann auch anders. In Nr. 9 erschien ein Artikel: „Internationale Einheitskonferenz“, in dem auf das Erscheinen dieser Zeitschriften für Herbeiführung der „Einheit“ hingewiesen wurde. Dabei wurde gezeigt:

„An sich können solche Publikationen nur nützen, denn die Einheit muss kommen und wer sie in ehrlicher Weise fördert, macht sich um die Arbeitersklasse verdient.“

Außerdem wurde hier gegenüber allen sonstigen sozialdemokratischen Publikationen über die russischen Gewerkschaften darauf hingewiesen:

„Doch die russische Gewerkschaftspolitik in England von außenen Gesichtspunkten aus bewertet werden sollte, als die außerordentliche Gewerkschaftspolitik. Damit würde die vom IGB mit gemachte kleinliche Kritik der russischen Gewerkschaften,

deren Aufrechterhaltung für alle Arbeiter so wichtig ist, wie die Auseinanderhaltung der Sowjetpublis überhaupt,

gegenstandslos.“

Über diese Worte täuscht auch nicht hinweg, wenn am Schlüsse gelagt wird, daß diese Zeitschriften nicht als Vermittler betrachtet werden können, weil sie nur die eine Seite als Säuber darstellen suchen. Denn es muß beachtet werden, daß dieser Artikel aus dem Lager des IGB stammt, womit bewiesen wird, daß hier noch immerhin Leute sitzen, die entgegengegesezt der Stellungnahme der deutschen Bergarbeiterföderat, es über sich bringen zur Frage der Einheit Stellung zu nehmen, für die Einheit einzutreten, die ausdrücklich erklärt, daß sie

sich der sozialistischen Strömung der russischen Gewerkschaften abwenden, bis es aber noch nicht ganz mit den sozialistischen Gewerkschaften vereinbart werden wollen, die als die höchste Strömung der Einheit bei der Arbeitersklasse des ganzen Welt bekannt sind.

Diese Gebotage gilt es zu brechen, denn Weltkapitalismus muß eine einheitliche Gewerkschaftsinternationale entgegenstellen, die eben von dem Gedanken des Staatenstaates, auch willens ist, alle Kräfte der Arbeiterschaft zu einheitlichem Handeln zusammenzufassen.

Deshalb gilt es, Kameraden zu wählen, die gewillt sind, im Sinne der Einheit der Internationalen Gewerkschaftsinternationale zu wirken.

Bergarbeiterzeitung und Verbandsstag

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ hat in den letzten Wochen gegen die Kommunisten eine besonders heftige betrieben. Nun wurde in Nr. 16 angekündigt, daß man in Nr. 17 ein ganz schweres Geschütz auffahren würde, mit dem alle Kommunisten eins für allemal totgeschossen werden sollten. Jetzt ist die Nr. 17 der „Bergarbeiter-Zeitung“ erschienen, aber die angekündigte große Bombe ist nur ein ganz kleiner Knall, da bei seinem Platzen bei allen Kommunisten und oppositionellen Verbandsmitgliedern höchstens ein mittelmäßiges Läppchen hervorruft wird. — Wirklich, ihr Kollegen von der „Bergarbeiter-Zeitung“, wenn ihr nicht mehr auf Lager habt, dann mußt ihr wenigstens nicht drohen, denn bange machen gilt nicht!

Doch wir wollen hier einige Worte auf das durch die „Bergarbeiter-Zeitung“ aufgedachte „Verbrechen“ der Kommunisten eingehen. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ entrüstet sich, daß eine Bezirksleitung der RPD an ihre Mitglieder ein Rundschreiben verschickt hat. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ dringt das Rundschreiben ab, um danach den Eindruck zu erwecken, als wenn die Kommunisten heimlich eine bolschewistische Gewerkschaftsarbeit verrichten. O nein, werte „Bergarbeiter-Zeitung“, die Kommunisten haben nicht zu verheimlichen, und das was in dem Rundschreiben gesagt wird, wird von uns auch in aller Offentlichkeit ausgesprochen.

Den Judaslohn für die Spiegheldene, die die „Bergarbeiter-Zeitung“ denjenigen zahlt, die ihr die Rundschreiben auftragen, kann sie sich ersparen. Im Interesse des Verbandes sind wir bereit, alle Rundschreiben, die wir als Partei an unsere Mitglieder verschicken, wenn die „Bergarbeiter-Zeitung“

so möchte, zugleich auch zu verbrennen, weil wie der Vorsitzende weiß, daß, wenn nach unseren Rundschreiben im Verband gearbeitet wird, der Verband sehr bald eine sehr schlechte und schlechte gewerkschaftliche Organisation wird, als er heute ist.

Was ist nun der Inhalt des Rundschreibens, der die „Bergarbeiter-Zeitung“ so so verärgert bringt? Da dem Rundschreiben werden die Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, um die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, am Sonntag, dem 25. April 1928, in der Zeit von 2 bis 6 Uhr, stattfinden. Den weiteren werden die RPD-Mitglieder aufgerufen, dafür zu sorgen, daß alle Verbandsmitglieder sich rasch an der Wahl beteiligen. Ist das ein Verbrechen? Ja, liebe „Bergarbeiter-Zeitung“, sagt du denn nicht mehr, daß du dich bei allen Wahlen darüber beschwert hast, daß die Wahlbeteiligung bei den Delegiertenwahlen immer so gering war? Nun, wir Kommunisten wollen, daß sie sorgen, daß bei den diesjährigen Wahlen alle Verbandsmitglieder beteiligen. Wir sind überzeugt, daß wenn alle Verbandsmitglieder aktiv am Leben des Verbandes — dazu gehört auch das Wählen — teilnehmen, der Verband an Stärke gewinnen wird.

Ganz besonders gerät die „Bergarbeiter-Zeitung“ aber in Aufregung, weil in dem Rundschreiben gesagt wird, daß die RPD-Mitglieder nur die vorgeschlagenen Kommunisten wählen und auch für sie agitieren sollen. Ja, werte „Bergarbeiter-Zeitung“, man kann uns doch wirklich nicht zumuten, daß Kommunisten die übrigen Verbandsmitglieder auffordern sollen, den sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen und nicht den Kommunisten. Es gibt ohne Zweifel auch gute sozialdemokratische Arbeiter im Bergarbeiterverband, mit denen wie Kommunisten Schüler an Schüler für die Interessen der Bergarbeiter kämpfen. Über es gibt auch sehr viele, die in ihrer arbeitsgemeinschaftlichen Ideologie genau so wie die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“ verblüfft sind und ein Unglück für den Verband bedeuten. Diele dürfen unter keinen Umständen zur Generalversammlung geschickt werden, weil sie den Fortschritt und das Wählen des Verbandes hindern.

Zum Schluß entrüstet sich die „Bergarbeiter-Zeitung“, daß auch die Roten Frontkämpfer zur restlosen Beteiligung an der Wahl aufgefordert werden sollen. Darüber soll sich die „Bergarbeiter-Zeitung“ nur freuen, denn sie kann daraus entnehmen, daß die RPD-Mitglieder auch im Roten Frontkämpferbund gute gewerkschaftliche Erziehungsarbeit leisten, was für den Verband nur von grossem Nutzen sein kann.

Alles in allem zeigt die „Bergarbeiter-Zeitung“ durch die Veröffentlichung des Rundschreibens, daß die Verbandsmitglieder am Sonntag erst recht alle zur Wahlurne gehen müssen und ihre Stimme abzugeben haben für die oppositionellen Kandidaten.

Die niederschlesischen Kohlenbarone spkulieren auf einen Streit in England

Untätigkeit der reformistischen Gewerkschaftsführer — Was sagen die Kumpels?

(Von unserem Betriebsberichterstaat.)

Welcher aufmerksame, im Bergbau beschäftigte Arbeitskollege versetzt nicht die Entwicklung des Konflikts im englischen Bergbau mit grösstem Interesse? Er sieht dort, obwohl ein anderer Wind zu wehen und hofft, dieser Wind möge sich nach Davies-Deutschland wenden und die auch so phlegmatischen „Ruhe und Besonnenheit“ predigenden deutschen Bergarbeiterführer aus dem Schlosse rütteln! Wahrhaftig! Es ist höchste Zeit, daß diese aufwachen! Der Kumpel, wenn er früh zur Schicht geht, wird diese Leute aufwachen müssen! Denn diese Leute haben ein volles Jahrzehnt geschlafen! Ist es nicht ein Standort, daß man sich idämnen muß, irgendeinem ungewiehten Belannten zu sagen, daß man wohl treu und brav organisiert sei, wie überhaupt das niederschlesische Revier am besten organisiert sei, und . . . den

niedrigsten Hungertlohn

den Löhne im deutschen Bergbau aufzubessern. Das heißt, daß, falls in England gestreikt wird, im deutschen Bergbau die Arbeit ruhen muß, um ersten den englischen Kollegen nicht in den Rücken zu fallen, und zweitens selbst zugunsten der deutschen Bergarbeiterföderat durch Ausnutzung dieses Moments etwas herausgeholt werden kann. Freilich hätte dies bedingt, daß jetzt schon und früher mit allen Mitteln durch die Verbände hätte gearbeitet werden müssen, um die Arbeiterschaft aufzuläuren, sie für die Kämpfe vorzubereiten.

Es ist der Arbeiterschaft noch nie gut gegangen, wenn es der Industrie gut ging! Das wird jeder Kumpel bezeugen können! Die Tatsache, daß wohl die Kumpels, wenn sie, wie es z. B. in Hermendorf der Fall ist, mit 6, 9 oder 12 Mark Abschlag pro Woche nach Hause gehen müssen, durch die Untätigkeit und Ralligkeit der reformistischen Führer verzweifelt und gleichgültig sind, ist klar. Sobald aber von den Gewerkschaften der Wille zu einer Aktion, der Kampf, in Aussicht gestellt wird, die Forderungen ergeht, an einem bestimmten Tage, falls die Forderungen nicht angenommen werden, die Arbeit geschlossen niedergelegt wird, werden auch die Kumpels verstehen, denn diese Zustände sind unhaltbar. Täglich mehrere Unfälle infolge der Antreiberei, die Behandlung wird täglich schlechter, der Lohn wird durch Herabsetzung der Gedinge abgebaut, so daß niemand fast mehr in der Lage ist, noch aber auch Verbandsbeiträge zu bezahlen. Das sollte den Führern zu denken geben! Die Kumpels haben wohl bei der Tagung der Bergarbeiter-Internationale mit dafür gestimmt, daß der Kampf der englischen Kumpels, falls er ausbricht, mit allen Mitteln unterstützt werden muß, nach Deutschland zurückgekehrt zu werden wie immer die Schultern: „Wir können jetzt keinen Kampf führen, die Tasche sind nicht gefüllt, kein Geld“ usw.

Unter den Funktionären, bis weit in die SPD-Genossen hinein, herrscht Gewitterstimmung. Sie sehen heute ein, daß die Tasche der Gewerkschaften in Deutschland überfüllt ist usw., daß es endlich anders werden muß!

Trotz wiederholter Forderung der Betriebsräte, wird von Seiten des BAV keine Revolutionserklärung einberufen, um Stellung zu nehmen zu der jüngsten Situation.

Die organisierten Kollegen haben bei jeder Gelegenheit jetzt zu fordern, daß Stellung genommen wird zu den Befreiungen der Bergarbeiter-Internationale, zu verlangen, daß dem Unternehmen eine Antwort erteilt wird, wie sie es verdienen. Wir haben als bei voller Arbeit verhungern Proleten zu verlangen, daß der Kampf der Kollegen in England auch unser Kampf sein muß. Sie haben nichts zu verlieren! Deshalb sollen zum Verbandsstag nur oppositionelle Kollegen gewählt werden. Deshalb soll auch der 1. Mai ein Kampftag der deutschen Bergarbeiter sein für die Forderungen:

Sieben- und Achshundertpfund!

Steigerung des Existenzminimums!

Kein Sold Kohle nach England!

Kampfsündnis auf breiter Front!

dass eben der Kampf der englischen Kollegen und die dadurch mögliche bessere Abnahmehögligkeit im deutschen Bergbau unbedingt ausgenutzt werden müssen, um diese zentral-

Aus Betrieb und Werkstatt

Die Jeremiösiede der Waldenburger Bergarbeiterführer

Die Klagen und Bitten

In dem sozialdemokratischen „Proletarier aus dem Untergang“ lesen wir folgenden Bericht:

„**30. März Wochentheil**: Die erschütternde Notlage im Waldenburger Kohlenrevier war vor einigen Tagen Gegenstand von Verhandlungen der Vertreter des Bergarbeiterverbandes mit dem Breslauer Regierungspräsidenten. Das von den Gewerkschaftsvertretern vorgelegte Material zeigt, daß die Verbündtsfähigkeiten im niederschlesischen Bergbau heute für den bestbesetzten Arbeiter den Gehaltshauer, bei durchschnittlich vier Schichten in der Woche 12 Mark betragen. Die Höchstlohn für Arbeiter über Tage liegen etwas unter 11 Mark in der Woche und gehen für jugendliche Arbeiter bis zu 3,20 Mark in der Woche herab. Das unter vorliegenden Entlohnungsbedingungen, die teilweise niedriger sind als die Arbeitslosenunterstützung, die Arbeitsfreudigkeit einschließlich mangelnder Ernährung leidet, kann nicht wundernehmen. Außer über die infolge der Feiertage völlig ungenügende Entlohnung klagen die Gewerkschaftsvertreter darüber, daß die Zechenverwaltungen die noch beschäftigten Arbeiter zum Teil unter stärksten Druck zum Verfahren zwölfständiger Schichten unter Tage zwingen. Unter diesen — auf die Dauer unerträglichen — Umständen haben die Gewerkschaftsvertreter den Regierungspräsidenten, beim Reichsarbeitsministerium die Frage einer Umsiedlung von Bergarbeitern des Waldenburger Reviers anzuregen, da es zweckmäßig erscheinen müsse, ob der Bergbau im Waldenburger Revier im gegenwärtigen Umfang überhaupt aufrecht erhalten werden kann.“

Der „Proletarier“ ist offenbarzig. Seine Naivität kennt die demagogischen Tricks nicht, mit denen die „Bergwacht“ und die „Bergarbeiter-Zeitung“ die Schuld an allem Elend immer wieder den Kommunisten in die Schuhe schieben. Er stellt fest:

Die Gewerkschaftsführer „klagen“ und „baten“.

Die Gewerkschaftsführer haben den Regierungspräsidenten, beim Reichsarbeitsminister eine Umsiedlung der Waldenburger Bergarbeiter anzuregen. Der „Proletarier“ verrät nicht, wo hin diese Umsiedlung vor sich gehen soll. Angesichts der großen Arbeitslosigkeit in allen Revieren kann nur der Friedhof in Frage kommen.

Angesichts der katastrophalen Lage im Waldenburger Kohlenrevier muß endlich Schluß gemacht werden mit dem Klagen und Bitten. Die Kameraden müssen die Beurlistung des BAW, mit Hoffmann an der Spitze, zwingen, sofort alle Vorbereitungen zum Kampf um höhere Löhne zu treffen.

Die Führer sollen endlich handeln!

Nachstehenden Artikel sendet uns ein sozialdemokratischer Funktionär des Bergarbeiterverbandes Waldenburg.

„Genitalklimmung im niederschleischen Revier“, so lautet ein Artikel in der Dienstag-Nummer der „Sächsischen Bergwacht“ vom 13. April, der aus der Feder des bekannten Bergarbeiterführers Hoffmann (Beurlistung des BAW) kommt.

Der Artikel ist ein Eingeständnis der völlig verschliefen Tattik, die die Angestellten des Bergarbeiterverbandes uns des öfteren entgegenhalten haben. Herr Bezirksleiter Hoffmann hat beim Schreiben des Artikels offenkundig die früheren Durchsetzungen vergessen. Die Bergarbeiter werden sich bestimmt noch der Zeit entsinnen können, daß die Angestellten des BAW die Komitee für den Staat schlagen und immer wieder den Ruf erlösen ließen: Kein Streit, bisz die Rufe nicht verstummen, wir Bergarbeiter dürfen den Staat nicht im Stich lassen. Die weitere Partie: Nur Verhandlungen können helfen, hat auch gezeigt, wohin wir Bergarbeiter im niederschleischen Industrierevier gelommen sind. Die Beurlistung hat anstrengt gehandelt, solange verhandelt sind die Bergarbeiter war Hoffmann ständig an der Spitze und der maßgebliche Verhandlungsprozeß, bis es jetzt nichts mehr zu verhandeln gibt, sondern Hoffmann als bewährter Bergarbeiterführer nichts weiter und Besseres weiß, als Jeremiösiede anzuhören.

„Wenn es doch nicht geht, dann kommt Ihr (Bergarbeiter) gehen!“ — das ist der Erfolg des ewig vor dem Raum idyllen Verhandlungswesens der Beurlistung des BAW mit ihrem Führer Hoffmann. Der Arbeitgeber, nach der Staat denken durften, dem niederschleischen Stumpf zu helfen und Hoffmann wird auch nicht mit dem Aossi an die bürgerlichen Zeitungen einen Erfolg zu versprechen haben.

Doch Hoffmann auch etwas blauäugig werden kann, geht aus nachstehenden Zeilen im oben erwähnten Artikel hervor: „Wir liegen aber heute bereits an, das kann, wenn wieder unzählige Blödsinn fallen, diese auf das Ronto derer kommen, die die heutigen Zustände verantworten.“ Für manchen bestimmt nicht ein Blödsinn, aber wenn wirklich die Beurlistung der niederschleischen Bergarbeiter Unruhen heraufschrauen würde, dann würden die Herren Hoffmann und Genossen die ersten, die wiederum das alte Lied herausbekommen: „Die Kommunisten waren es, das sind die Käufersünder, die die Menschen ins Elend und Verderben führen.“

Die Frage, wer soll uns denn eigentlich noch besser Wohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen verschaffen, wenn es der große Sozial-Bergarbeiterverband nicht instand ist, ist wohl bereitgestellt. Derartige Konterfeie, wie sie im Artikel „Genitalklimmung“ angeführt sind, können nur ohne Begleitung des Bezirksleiters Hoffmann folgen. Von Bergarbeiterführern erwartet wir etwas anderes, erwarten wir zudem einmal

Sammlungen und die Befreiung der ewigen Verhandlungen.

Es gab im niederschleischen Bergbau vor noch nicht allzu langer Zeit, eine Zeit, wo die Grubengemüter zugedröhnt

Überhöchste machten. Eine Zeit, in der die Bergarbeiter die Konkurrenz ausschließen wollten und durch die Angestellten gehindert wurden. Die Bergarbeiter müssen heute einmal daran erinnert werden, daß Klugheit zur Arbeitsausforderung im Auto von Arbeitgebern durch Angestellte der Arbeitsorganisationen zur Verstellung nötigten. Der Dual der Grubenarbeiter für diese hilflose Tat, Herr Bergarbeiterführer Hoffmann, ist Ihr Jeremiösiede.

Wenn etwas derartiges in einer anderen freien Gewerkschaftsorganisation vorläge, wüssten auch die Mitglieder, was sie mit ihren Angestellten machen.

Vielleicht fragen die Jungen dazu bei, daß der BAW mit seinen Angestellten aus dem Traumauftand, daß mit den Arbeitgebern, mit Reisen nach Berlin etwas erreicht wird, aufwacht und sich endlich wieder darauf besinnt, daß der Bergarbeiterverband nicht Jeremiösiede ist, in dem die Angestellten a la Hoffmann Almadiesen anstimmen, sondern eine Organisation sein soll, deren Geist der Trompete von Berthold gleicht.

Bergarbeiterführer, kommt auch nicht mit der Aussicht, es müssen alle Mitglieder sein, dann kann was errichtet werden. Die Bergarbeiter waren restlos organisiert, die Angestellten hatten aber zu dieser Zeit das Kriegsbeil des Erfurter Programms gegen das Kapital vergraben und waren erst jetzt bestrebt, aus den Säulen der Arbeitgeber stromme Paulus zu machen.

Den Bergarbeitern möchte ich jedoch zurücksagen: Nicht raus aus dem Bergarbeiterverband, sondern hinein! und den Angestellten den Weg einer freien Arbeiterschaft zeigen und wenn nicht anders, die Angestellten mit der Maße darauf gestoßen, daß unsere Lösung heißt:

Nur der Freiheit die Freiheit und das Leben, der täglich sie erkämpfen muß.

Die Solidarität der Gewerkschaften und Industrie sind Strafe lohert sofortigen Willenslosigkeit
(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

In der Betriebsversammlung am 18. April erörterte zum ersten Punkte Kollege Böllner, bemängelte das Interesse der Belegschaften, sprach über die Opfer des Kriegs, fallens auf Braunkohle, erwähnte auch das Bedürfnis des Direktionsantrages auf Cottbusener Grube und forderte nach kurzen Ausführungen über Ausbau der Gasförderung und Knappholztagsgesetz zum Heilen des 1. Mai auf und gut geschlossene Demonstration. In der Diskussion sprachen sich alle vier Redner für völlige Arbeitsruhe am 1. Mai aus. Ein Kollege erklärte, daß vor allem dieser 1. Mai im Geiste der Solidarität mit den englischen Grubenarbeitern stehen müsse, daß kein Werk fehlender Kohle nach England darf. Ein anderer Kollege behandelte alle Fortbewegungen gründlich, die wir am 1. Mai erheben: die Komödie der Reichsgesundheitswoche und Sicherung von Arbeitserleben und Gesundheit — Vollstundentag — ausländischer Rohr — Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung — Verbesserung der Sozialversicherung — Verbot der Kinderarbeit — Schutz der arbeitenden Jugend — Mutter- und Sauglingsschuß.

Im Schluswort konnte sich der Referent nicht enthalten, gegen die klaren und revolutionären Ausführungen einzelner Diskussionsredner Stellung zu nehmen, um die Wirkung der Worte abzuschwächen. Aber das gelang ihm nicht. — So ist zu melden, daß die Belegschaften am 1. Mai auf der Straße zu finden sein werden, um für den Klassenkampf und den Aufbau starker Gewerkschaften für die Rechte der Arbeiterschaft und gegen die wirtschaftliche und politische Reaktion zu demonstrieren. Zum zweiten Punkt wurde folgende Resolution einstimmig beschlossen:

„Da am 18. April verhammten Belegschaften der Concordia und Ludwigslustgrube protestieren gegen die Verschließung des Wallensteinhauses, der von der Lutherergiebung abweicht und was fordern von der Regierung und dem Reichstag, daß all Maßnahmen durchgeführt werden, die die restlose Enteignung der Fürsten sichern.“

Leider müssen wir feststellen, daß sich der obenerwähnte Referent wieder gegen die Annahme dieser Resolution wandte, die nach seinen Worten in Belegschaftsversammlungen nichts zu suchen hätte, sondern lediglich Sache der politischen Parteien sei. Unter allgemeinen Protesten mußte er seine Ausführungen beenden und der einstimmige Beschluss war die beste Antwort der Belegschaft auf diese Haltung, die nur als Sabotage bezeichnet werden kann.

Arbeitsruhe am 1. Mai und gemeinsame Demonstration in Freiburg

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Die letzte Kartellsitzung befaßte sich vor allem mit der diesjährigen Maifeier. Nachdem einige geschäftliche Mitteilungen und der Vierjahresbericht entgegengenommen waren, trat man in die Debatte um obigen Punkt ein. Der Kartellvorstand machte folgenden Vorschlag: Der 1. Mai steht unter dem roten Banner.

Vormittags 9 Uhr soll auf dem Neumarkt ein Standchen stattfinden, ausgeführt von den Arbeitergefangvereinen und eventl. der Orchestervereinigung. Vielleicht auch Darbietungen des Sportkartells. Nachmittag 2 Uhr am Spielplatz hinter der Brauerei Attreten zur Demonstration. Diese bewegt sich durch die Straßen der Stadt nach dem Schülchenhaus. Dasselbe Ansprachen und Instrumentalkonzert. Die Orchestervereinigung hat sich bereit erklärt, zu bedeutend herabgelegten Preisen zu spielen. Das Matadzeichen soll 20 Pf. für diejenigen kosten, die im Erwerbsprozeß stehen. Erwerbslose geben frei. Es wurde der Wunsch laut, daß die Kapellen des KFV. und KB. mitwirken möchten. Dies wird vom Kartellvorstand versucht werden. Es wurde auch verlangt, daß dieses Jahr der Konsumverein seine Betriebe und Geschäfte schließen solle.

Freiburger Arbeiter, rüttet heute schon zum 1. Mai! Unter Verschiedenem sam man u. a. vom Vorsitzenden der Angestellten auf die Firma Haake zu sprechen, die jeden ihrer BesitzerInnen auf die Strecke wirft, die sich organisieren. Die Arbeiterschaft wird sich dies zu merken haben. Eine rege Debatte entspann sich über die weltliche Schule. Dem Kartell soll versucht werden, fördernd einzugreifen. Nachdem noch ein Vortrag des Geschäftsführers Wildner vom Konsum gehört, wurde vom Vorsitzenden des Sportkartells eracht, daß die Angestellten im Konsum mit dahin sorgen sollen, daß einige aus ihren Reihen sich nicht noch länger im bürgerlichen Lager herumtreiben. Hierauf ging die Versammlung ihrem Ende entgegen.

Die Kapellen des KFV. und KB. mitwirken möchten. Dies wird vom Kartellvorstand versucht werden. Es wurde auch verlangt, daß dieses Jahr der Konsumverein seine Betriebe und Geschäfte schließen solle. Unter Verschiedenem sam man u. a. vom Vorsitzenden der Angestellten auf die Firma Haake zu sprechen, die jeden ihrer BesitzerInnen auf die Strecke wirft, die sich organisieren. Die Arbeiterschaft wird sich dies zu merken haben. Eine rege Debatte entspann sich über die weltliche Schule. Dem Kartell soll versucht werden, fördernd einzugreifen. Nachdem noch ein Vortrag des Geschäftsführers Wildner vom Konsum gehört, wurde vom Vorsitzenden des Sportkartells eracht, daß die Angestellten im Konsum mit dahin sorgen sollen, daß einige aus ihren Reihen sich nicht noch länger im bürgerlichen Lager herumtreiben. Hierauf ging die Versammlung ihrem Ende entgegen.

Die mordende Grube Melchior in Dittersbach

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Am Dienstag, den 20. April, verunglückte in der Mittagszeit auf der Melchiorgrube (7. Abteilung) der Hauer Maiwald aus Friedland zu Tode. Er wurde durch einen Steinblod von etwa 20 Zentner Schwere, sogenannten „Sargbedd“, getroffen. Dies ist nun schon der vierte Todesfall im Revier in einer Woche! Am Tage zuvor wurden zwei andere Kumpel ins Paradies geschafft, einer hatte einen Beckenbruch erlitten.

Die 7. Abteilung wird schon „Richterhofsabteilung“ genannt. Die Verhältnisse in der hies. Abteilung sind so, daß wenn man sie auch schildert, von niemanden geglaubt werden, der sich nicht selbst überzeugt. Wir sind überzeugt, daß, wenn die Aktionäre, Direktoren und hohen Beamten dort arbeiten müßten, diese längst die Abteilung stilllegen hätten. Was sich dort abspielt ist unbeschreiblich: niedrigste Höhe und ungemeiner Druck! Aber was kostet ein Arbeiterleben? Wofür arbeitet heute der Bergmann in einem der gefährlichsten Berufe? 3,83 Mark Tariflohn, bei elenden Bedingen und unverhältnismäßiger Ausbeutung kann er, wenn er alle Sicherheitsnotwendigkeiten aufgibt, höchstens 5 Mark pro Schicht verdienen! — In der Nähe des toten Kumpaten ruhen wir.

Stimme der Offenheit! Wir sind nicht mehr schüchtern, bei solcher Weitheit zu sprechen und eine klare und kühne

Die kommunistischen Gewerkschaften treffen in Breslau, am 1. Mai, Demonstration für die „Einheit der Arbeiterklasse“. Maßnahmen: Schleifen; Schmiede; Schuhmacher.

Ein Leidfall der der Arbeiterkunst bedarf

Am 11. Januar b. J. wurde der Zeichnungsstudent Kurfürst am 11. ohne Benachrichtigung und Einwilligung seiner Angehörigen von dem Wenzels-Hansischen Krankenhaus nach das Sternenheilanstalt in der Eindaustraße überführt. Von dort landete er an seine Angehörigen eine Karte, die ihn sofort aufzusuchen und mit dem Tode Radikalreiche nahmen. Dieser verlieferte, daß er noch zwei Jahre leben sollte. Am 14. Januar starb er, nachdem man in der Eindaustraße mit ihm Chintinuren gemacht hatte. Die Angehörigen des 33. sind der Ansicht, daß dieser durch die Behandlung eines sehr jungen Arztes und der Anwendung der Kurten eher gestorben ist, als es nach der Ansicht der Ärzte zu erwarten war. Rüttig ist auch, daß den Angehörigen von dem Warterpersonal gefragt wurde, die Kurten würden noch nicht angewandt, da der Patient noch schwach sei während mit den Ärzten tatsächlich bereits begonnen wurde. Bei dem allgemeinen Misstrauen, daß in der arbeitenden Bevölkerung — ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt — gegen die Kellankassen besteht, erwarten wir, daß die Anstaltsleitung unverzüglich Aufklärung über diesen dumfen Fall gibt.

Bei der Gelegenheit möchten wir nicht verschweigen, auf den Standessoldaten und die krankende Herablassung hinzuweisen, mit der besonders junge Ärzte in den städtischen Krankenhäusern proletarische Angehörige der Patienten zu behandeln glauben. Auch im vorliegenden Falle hatten die Geschwister des Verstorbenen allen Anlaß, sich über die Behandlung durch den Arzt Dr. Kasper zu beschweren. Dieser verlangte für die Ausstellung eines zu Versicherungszwecken benötigten Attestes den Beitrag von 6 Mark. — Eine Summe, die für Proletarier recht hoch ist. — Als die Schwägerin des Genannten erklärte, zurzeit nur 4 Mark bei sich zu haben und den restlichen Beitrag am Nachmittag zu bringen, verweigerte der Arzt zunächst die Ausstellung des Attestes, und es bedurfte erst wiederholter energischer Proteste, um ihn zu veranlassen, zunächst 4 Mark in Zahlung zu nehmen und auf den Rest bis nachmittags zu warten. Das ist eine unerhörte Niedrigstlosigkeit gegenüber den Angehörigen, und wir verlangen, daß der für das städtische Gesundheitswesen auständige sozialdemokratische Stadtrat Dr. Landesberg die jungen Ärzte darüber belehrt, wie sie sich gegenüber Unbenutzten zu verhalten haben.

Auf Kinder und Jugendliche haben Zutritt zu den Filmen „Die Schmiede“ und „Durchs Paddelboot“ im Gewerkschaftshaus.

Zur Hausagitation für die Rote Hilfe

treffen sich in Breslau die ADG-Mitglieder, RFB-Kameraden und RPD-Genossen am Sonntagvormittag 9 Uhr in den Bezirkslokalen.

Nord: Moh. Schweinitzstraße 10.

Ost: Heubrücke, Weidenburg 1 Platz 4.

Südwest: „Hennig-Crem“, Gewerbestraße 13.

Nordost: Gebauer, Hirschstraße 10.

Südost: Latal Bohrner Straße 2.

Vorort: 800 neue R.-Mitglieder

Unterbezirksteil erneut Görlich am Sonntag, den 25. April, vorm. 9 Uhr im „Felsenfeuer“ Görlich.

Das Görlitzer Weltpanorama, Marienplatz 3, zeigt diese Woche das berühmte Rütenland an der Adria.

Waldenburg

Christliche Rücksichtnahme oder was heißt Reichsgesundheitswoche?

Ein Arbeiter aus Gottesberg schreibt:

Auf der Landesburger Straße Nr. 14 findet man noch einige Proletarikhöhlen, die es wert sind, dem Reichsgesundheitsamt und den übrigen Behörden näher ins Auge zu rüsten, um die Inwohner dieser Höhlen oder Schweinställe, denn anders kann man diese Wohnungen nicht bezeichnen, vor Tod und Verderben zu hüten. Mögl. ist der Besitzer dieser Wohnhöhlen ein eifriger Katholik, nebenbei Sägewerksbesitzer, aber seine christliche Erziehung langt bloß bis zu seinem Geldbeutel, aber nicht zum menschlichen Herzen, denn sonst würde er es nicht fertig bringen, die Inwohner auf dem Klageweg zu zwangsläufig auf die Straße legen lassen zu wollen, wozu bereits ein Entscheidungstermin auf dem Gottesberger Amtsgericht angestrengt ist. Die Mieter waren längere Zeit erwerbslos und nicht in der Lage, ihre Miete aufzubringen. Wie sind die Wohnungen beschaffen? Von allen, die die Wohnungen einmal besichtigen möchten, wird bestätigt werden müssen, daß die Wohnräume als solche gar nicht in Betracht kommen. Als guter Christ weiß der Besitzer jegliche Reparaturarbeiten ab, so auch brauchte er einst (vor nicht zu langer Zeit) den Auspruch: „Die arbeitslosen Schweinhunde mögen die Miete selbst wegfahren.“ Auch leistete er nicht die geringste Anerkennung einem Mieter gegenüber, der bemüht war, seine Wohnung vor ganzlichem Verfall durch selbst ausgeführte Reparaturarbeiten sowie durch Ausladen von Althe zu retten. Infolge der Nässe (im Winter hauptsächlich) müssen die Möbel in diesen Wohnhöhlen höchstwahrscheinlich verfaulen. Obwohl der Vermieter Sägewerksbesitzer ist, also Holzmangel nicht in Frage kommen kann, läßt er die Fußböden, Fensterläden und verschließenes anderes, was direkt verfault ist, nicht erneuern. In den Dienst fehlen einige Breiter, die total abgefault sind, die Fensterläden in dem Zustand, daß Wind und Regen zu allen Wänden herein eingelangt. Fensterläden sind gar schon abgebrochen und von den Wänden der Bus abgebrockt, so daß die Wohnungen mit einem sehr lang unbtaubaren nassen Keller in Vergleich zu bringen sind. Das Licht verlässt oft, die Däsen sind baufällig. Die Inwohner sind von schweren Krankheiten bedroht. Es wäre angebracht, wenn nun der Wohnungsammt in Gottesberg und der Amtsgericht, welche von der

GSD. und ADGB. gegen einheitliche Demonstration in Breslau

Die Breslauer Arbeiterschaft muß durch ihre Kraft die Einheit des 1. Mai erzwingen.

Wochenende, 23. April.

Die „Vollmacht“ vom Mittwoch (21. April) veröffentlicht auf der ersten Seite einen Aufruf zur Maifeier, der vom Bezirksausschuß Schleien des ADGB., vom Bezirksvorstand der SPD., vom Ortsausschuß des ADGB., des Kfz-Bundes sowie vom KDP. und Ortsvorstand des SPD. unterzeichnet ist. In diesem Aufruf haben die betreffenden Organisationen öffentlich dokumentiert, daß sie die Zersplitterung der Arbeiterklasse am 1. Mai wünschen und streben. Die Kommunistische Partei hat alle Mittel und Wege eingeschlagen, um auch in Breslau den 1. Mai zu einem

einheitlichen wichtigen Kampftag der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie zu gestalten. Bereits am 9. April stand die Vertretung der RPD. an den hiesigen Ortsvorstand der SPD. und den Ortsausschuß des ADGB. ein Schreiben, in dem unter Bezugnahme auf den Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai zu einer gemeinsamen Demonstration am 1. Mai aufgefordert wurde. In dem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes heißt es:

„Darum muß die Arbeiterklasse eindringlicher als je am 1. Mai ihre Macht und ihren Willen bezeugen... Soll die RPD. gesprengt und die Vorbereitung einer Grundlage für den Aufbau einer besseren Welt möglich sein, so muß jeder gerüstet, jeder zum Angriff bereit sein.“

Angesichts der Ereignisse und Veränderungen in den letzten Jahren muß sich die Arbeiterklasse mehr als je in geschichtlichen Minuten der Besetzung der Arbeitung der Arbeiterschaft bewußt sein.“

Wir ließen uns dabei von dem Gesichtspunkt leiten, daß jegliche Zersplitterung der Arbeiterklasse unbedingt vermieden werden muß, und daß es gilt, am 1. Mai der Bourgeoisie die geschlossene Klassenfront des Proletariats entgegenzustellen. Die Resolutionen, die in den verschiedenen Orten der Provinz Schleien, in Liebau, Freiburg, Weißwisch und anderen Orten angenommen wurden, sowie die Tatsache, daß in allen größeren Industriestädten Oberschlesiens der 1. Mai einheitlich von RPD., SPD. und ADGB., den proletarischen Elementen des Reichsbanners und dem KGB. begangen wird, zeigen, daß unseren Forderungen der Ausdruck des Einheitswillens des klassenbewußten Proletariats sind.

Unser Verlangen, nach einheitlicher Maifeierfeier ist nicht nur begründet durch den bereits erwähnten Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes, sondern wird auch gestützt durch die Anweisungen, die der ADGB. für die Ortsausschuß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes herausgegeben hat. In diesen Anweisungen zur Maifeier heißt es:

„Wir bitten Ihnen, zu beachten, daß die Durchführung der Maifeier keine rein gewerkschaftliche Angelegenheit ist, sondern vornehmlich in das Aufgabengebiet der politischen Partei fällt.“

Trotz dieser klaren Anweisung hat der Ortsausschuß des ADGB. auf unsere Frage, ob er gewillt ist, eine einheitliche Maifeierfeier zu veranstalten, ausweidend geantwortet und der Kommunistischen Partei empfohlen, ihre Mitglieder aufzufordern,

„sich in die Züge der Gewerkschaften einzuleben.“ Die Sozialdemokratische Partei, die beständig das Wort „Einheit der Arbeiterschaft“ im Mund führt und uns Kommunisten als die Später der Arbeiterbewegung bezeichnet, folgt dem Beispiel des Ortsausschusses des ADGB. und will unseren gestellten Fragen aus. Die Sozialdemokratische Partei wies in ihrem Schreiben sogar darauf hin, daß am Vormittag eine große Kundgebung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Schießwerder stattfindet, und daß der Nachmittag für die Sozialdemokratische Partei freigegeben sei. Sie lehnen noch hinzu, daß die Gewerkschaften ihren Mitgliedern empfehlen werden, an der Feier der SPD. teilzunehmen. Mit dieser Antwort haben SPD. und Ortsausschuß des ADGB. bewiesen, daß sie die Maifeierfeier als eine Angelegenheit betrachten, die nur die Gewerkschaften und die SPD. angeht. Der ADGB. brachte gleichzeitig damit zum

Ausdruck, daß er unter „Einheitlichkeit“ die Unterordnung des ADGB. und die Wissenshaft der Kommunistischen Partei versteht.

Diese Arbeitsstellung zwischen Gewerkschaften und ADGB. ist offenkundig, und es ist klar, daß damit nur die Wissenshaft der kommunistischen Arbeit und ihrer Partei gegenüber den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern gerechtfertigt werden soll. Das Vorhaben muß auf dem sozialen Überstand der Breslauer Arbeiterschaft ruhen. Der Ernst der Lage erfordert von der Arbeiterschaft die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen, die Maßnahmen und deren Durchführung jedoch zeigen die einheitliche Kraft aller Arbeitenden voraus. Nur die einheitliche Front aller Arbeiter und ihr geschlossenes Handeln und Auftreten vermag auch die offiziell sozialdemokratischen, aber dennoch unterdrückten und ausgebetteten Schichten unter die politische Leitung der Arbeiterklasse aus dem Volksentscheid als Sieger hervorzutragen. Jeder, der diese Einheitlichkeit sieht, ob ein Verbrennen am Proletariat, dem er traut, dazu bei, daß die Arbeiterklasse, im Kampf gegen die Bourgeoisie, gegen alle ihre Unterdrücker, eine Niederlage erleidet. Soll der 1. Mai die neue Etappe einleiten, im Kampf gegen den Fürstentraub, im Kampf gegen die den Volksentscheid sabotierende Luther-Regierung, dann müssen am 1. Mai nicht nur die Gewerkschaften und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, sondern alle Proletarier und Proletarierinnen aufmarschieren. Wir erinnern daran, daß es in Breslau Tausende von Arbeitern, daß es Tausende von Erwerbslosen gibt, die leider fernab der gewerkschaftlichen Organisationen stehen. Alle diese müssen am 1. Mai Schluß an Schluß mit ihren Klassenbrüdern gehen. Wir weisen ferner darauf hin, daß es in Breslau

über 50 000 Erwerbslose

gibt, die den Willen haben, am 1. Mai gegen das kapitalistische System, das sie arbeitslos gemacht hat, zu demonstrieren. Wir verzerrn darauf, daß auf Grund der Initiative der Deutsch-nationalen Partei sich eine

Konzentration aller gegen revolutionären Kräfte vollzieht,

die gegen die Arbeiterschaft für die fiktiven Interessen mobilisiert werden sollen.

Wir denken an die vor kurzer Zeit gefundene Breslauer Eisenbahn und an den reaktionären Feldzug der Bourgeoisie auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet gegen die Arbeiterklasse, und wir fragen die gesamte Arbeiterschaft von Breslau, ob sie es zugeben will, daß einige Führer den 1. Mai dazu missbrauchen, um in der von uns gefestigte Lage die einheitliche Front des Proletariats im Kampf um die täglichen Interessen zu verhindern und zu zerstören? Das kann und darf die Breslauer Arbeiterschaft nicht dulden.

Heute abend tritt eine Funktionärsversammlung der Sozialdemokratischen Partei zusammen, in der unter anderem auch die Frage der Maifeierfeier auf der Tagesordnung steht. Hier ist die letzte Gelegenheit für die sozialdemokratischen Arbeiter, dafür zu sorgen, daß das Bestreben der Führer, die Maifeier zu zerstreuen, durchkreuzt wird.

Am 1. Mai 1926 muß auch in Breslau der kommunistische Arbeiter mit dem sozialdemokratischen Klassenbrüder zusammen, der Arbeiter aus dem Betrieb nach dem Erwerbslosen stehen. Redner des ADGB., der SPD., der RPD., des KGB. und des Reichsbanners müssen zu den Massen sprechen.

Wir fordern die sozialdemokratischen Funktionäre auf, hierfür mit uns zu kooperieren, um der Bourgeoisie am 1. Mai die geschlossene Klassenfront der Breslauer Arbeiterschaft zu zeigen.

Die Kommunistische Partei erklärt, daß sie sich durch keinerlei Manöver daran hindern läßt, die Einheitlichkeit der Arbeiter für den Kampf gegen die Bourgeoisie herzustellen.

Bezirksleitung der RPD., Bezirk Schleien.

Reichsgesundheitswoche sofern, hier so schnell wie möglich hinzutreten. Zur Verhütung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten liegt es im Allgemeininteresse, diesem Vortrag weitgehendste Beachtung zu schenken. Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Zutritt. Zur Deckung der Unkosten wird ein Betrag von 20 Pf. erhoben.

Liebau. Zeitungssalon. Alle, die Interesse für die kommunistische Zeitung zeigen, laden die RPD. am Sonnabend, den 24. abends 7.30 Uhr, in den Hirsch, ein, wo eine Auslage aller deutschen und vieler ausländischer kommunistischer Zeitungen stattfindet. Wir machen besonders auf die russischen Zeitungen aufmerksam.

Ober-Salzbrunn. Hallensaal im Gasthof „Zur Freiheit“. Schmidmeyer. Am Sonntag, den 25. April veranstalten die Freien Schwimmer Ober-Salzbrunn in diesem Jahre ihr erstes Hallenschwimmfest. Am Wettkampf beteiligen sich die Brudervereine Weißer-Schwimmverein Waldenburg und die Wassersportabteilung Waldenburg. Ferner wäre uns das Ereignis der Arbeiterschwimmer Schmidmeyer sehr erwünscht, da es dem Verein durch gemäße Umsätze möglich war, lebhaften programmatisch einzuladen. Das Programm ist außerordentlich reichhaltig und bringt außer den spannenden Wettkämpfen der Erwachsenen und Jugend die Rettungswertungen sowie verschiedene volkstümliche Darbietungen zur Vorführung. Um den gesundheitlichen Wert des Schwimmens zu erkennen, rufen wir besonders der heranwachsenden Jugend zu: Hinzu in die Arbeiterschwimmerebewegung. Nur hier ist jedem Arbeiterspartikel die Möglichkeit gegeben, seine geistigen wie moralischen Kräfte so auszubilden und zu fördern, wie es sich der gesamten Arbeiterklasse gesetzt.

Heute

4 Uhr, 6½ u. 8½ Uhr

25 Pf. 50 Pf.

Der große Tondramma

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele
Die Schmiede

Zwei Bilder-Filme: „Die Schmiede“

Ritter u. Ingenuo, „Zum

Grundriss“

Beiprogramm: Im Paddelboot durchs Neckartal

Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Breslau.

Albert Möwius jr.

Wirt., Kaff., L. 25000
Kaffee - Suppen - Wurstsalat
Spezialität: Trüffelge
ke Dose - Brot und Käse
Schmiedebrücke 100
Kunstschmiedesstraße

**Ortskrise
Guthmühlenhaus**

Schmiedebrücke 20
im Stabbaum
und Gartenstraße Nr. 63

Zigarren, Zigaretten, Tabake

L. Rakowekl
Brüderstr. 5, Bruck-Claudiusstr.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Haus- und Küchengeräte
Martha Titz
Vorwerkstraße 73 (Eing. Löschstr.)

Billig Möbel Reill
KNORR & CO.
Weidenburgerstraße 6

Raucher-Sensation
Belvederestraße 6
Stattend billige Preise

OWO-Büroart
Büroartwaren für Büro u. Industrie
o. Wohn-, Büromöbel
Bürostraße 61



Otto Urban

Gartenstr. 97, direkt am Hauptbahnhof
Fernau Ring 7866

Koppenküchen, Kinderwagen

Rohmöbel

Größe Auswahl Billige Preise

Größte Auswahl / billigste Preise
aller Waren für Haus und Küche

Kaufhaus am Dom

Adalbertstraße 20

Lichtbildbühne Ost

Tautenzienstraße 177
Das fühlende Lichtspiel
im Ohlauer Tor

• täglich ab 4 Uhr Vorstellung
Donnerstag und Sonntag ab 3 Uhr
Kinder-Vorstellung

Hoffmann's Festfälle

Böpelschützstraße 15-19
Jeden Sonntag Tanz
Familien-Lotterie
Beste Speisen und Getränke

Reserviert

Kaufhaus Nothenberg

Auguststraße 132 - Gräbschner Straße 56 - Schleinitzer Straße 10
— seit 20 Jahren bekannt durch gute Ware und niedrige Preise —

Ad. Hohmuth's Nachf
Friedrich-Wilhelm-Straße 94
Maschinen, Metz., Holz u. Wollwaren
— Jutte, Baum- u. Baumwolle, —

Kaufhaus Swinger
Kurz-, weiß- u. Wollwaren
Tricotagen - Herrenartikel
Döpkestraße 11, Czernin 11, Villenstraße 11

Kaufhaus E. Russ
Friedrich-Wilhelm-Straße 94
Spezialisiert auf Käse, Weiz. u. Vollwaren
Molkereiartikel und Haushalte
— ausführliche Ausstellung —

Josef Schmidt
Lederhandlung — Schuhmacher-Bedarfsartikel
Schuh- und Matz. und Stofferei
Vorwerkstraße 40 — Bohrauerstraße 54

**Wittig's
Baraten**
Spiel- u. Feinkost
Partymaterial
Ein Blick in mein Schaufenster
überzeugt auch Sie von meiner
Leidenschaftlichkeit!

Felix Mittmann
Ohlauerstraße 81

Reserviert

Paradesbetten
Orientieren Sie sich bei uns

Wir bringen die größte Auswahl an:
Metallbettstellen, weiß und schwarz von 25,- Mk. an
Steppdecken, Satin, gute Füllung, von 13,- " an
Steppdecken, Satin, doppelseitig, von 16,- " an
Unterbetten, Wollfüllung von 14,- " an
Matratzen, Kinderbetten, Einzelmöbel

M. Jankowski & John
Breslau-Junkernstr. 38-40 Ecke Moltkestraße
Tel. Ohle 6073

Paradesbetten sind Quellen der Kraft und Frische

Joel Schneider, Gräbschne-
straße 47
Reichhaltiges Lager
in preiswerten Schuhwaren

Rauhhaus S. Richter Nachf.
Lauenheimsstraße 81
Kurz-, Weiß-, Dienstwaren
Schürzen, Wäsche, Strümpfe

Schuh- und Strüpfelager
P. Munder
Friedrich-Wilhelm-Straße Nr. 83

Kolonialwaren, Lebensmittel
Zigarren, Zigaretten
Almons Schneider
Friedrich-Karl-Straße 51

Artikel für Haushalt
Eisen- u. Kurzwaren
Alfred Wolf
Alsen-Ecke Leuschenerstr.

Dürkop-Rähmäschlinen
Georg Greulich
Laden Hummel 52/53
Reparatur - Werkstatt Hummel 50
Teilzahlungen gestattet

Rauhhaus Lampen
Spezialgeschäft
für Arbeitslampen

Bazar Ohlauer Tor

Klosterstr. 100

Ecke Websky-Straße

Bei artigsten, günstigen Preisen

der Ohlauer Vorstadt

Unter Begehung auf diese

seiner 5. Sonder-Habemai

Willst Du gut und billig kaufen,
mußt Du in den

Schuhhof kaufen
Nur Schmiedebrücke 29a

Sie decken jürglos Ihren Winterbedarf
bei begrenzter Zeitabnahme ein

nur im

Kredit: Ron, haus Reil Kredit
Straße 2, Lehndorffstraße 77

Gebr. Adler
Likörfabrik, Breslau
Feststeller

Jamaika-Rum-Verschnitt 3.-

das ganze Liter losse vom Fab

Verkaufsstellen:

Sadowastraße 38 Königstraße 11
Taschenstraße 16/17 Antonienstraße 29
Bohrauer Str. 5 Friedr.-Wilk.-Str. 27
Schleswederstraße 37 Brockau: Bahnhofstraße 5

Strümpfe, Wäsche, Gardinen
Wollwaren
zu billigsten Preisen

Georg Jacob
Albrechtstraße 38

Sie kaufen gut u. billig im
Zigarrenhaus
Brüderstraße 40

Kaufhaus Ost
Tautenzienstraße 159
Arbeiter - Konfektion in guter
Qualität, Wollwaren, Trikotagen
Wirtschaftsartikel u. Spielwaren

Stoff-Lauben

Schnellstr. 49, 1. Etage
(am Strand-Park)

Kleider-, Seiden- u. Wollwaren
prima-Qualitäten, billigste Preise

Kaufhaus

Bach & Blachmann

Beachtet!

bei allen Geschäften

immer nur unter

den gleichen

Preisen

Besten Preisen

Schauspielhaus Breslau Operettenbühne

Telephon Stephan 07 400

Dienstag u. Donnerstag
8 Uhr

Auftritt Walter Jenkohs

Das Spiel um die Liebe

Montag 8 Uhr:

Auftritt Walter Jenkohs

Gräfin Mariza

Mittwoch 8 Uhr:

Auftritt Walter Jenkohs

Der Orlow

Freitag 8 Uhr:

Auftritt Walter Jenkohs

Der Vetter aus Dingsda

Stadt-Theater Breslau

Telephon Ring 1254 u. 6815

Spielblau vom 18. bis 25. April

Sonntag, nachmittags 3 Uhr

Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten

Preisen

und eine

abends 7 Uhr

Ziwa

Montag, abends 7½ Uhr

Der Karneval in Rom

Dienstag, abends 7½ Uhr

Die Insel en Seiber von Windhor

Mittwoch, abends 7½ Uhr

16. Vorstellung im Abonnement

Othello

Donnerstag, abends 7½ Uhr

Garmen

Freitag, nachmittags 3 Uhr

Vorstellung für die Erwerbslosen:

Der Barbier von Sevilla

abends 8 Uhr

Der Rautauder

(Schwanzring)

Herran:

Galaburgie

(R. Strauß)

Sonntagnach, abends 7½ Uhr

Uraufführung:

Das Lied der Nacht

Tragödie Ballade von Hans Gál

Sonntag, nachmittags 3½ Uhr

Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten

Preisen

Der Barbier von Sevilla

abends 7 Uhr

Spieldienst Kammerjäger

Abolf. 251 gen.

Zumhäuser

Der Roman von A. Meyenberg

Von Stufe zu Stufe

387 Seiten

Preis geb. 2.80 Mk.

ist wieder eingetroffen

Zu beziehen durch

Polnisch-Literarische Schlesier

Artem Müller

Breslau, Trebnitzer Strasse 29

Gleiwitz, Hüttestrasse 2

Filialen:

Görlitz, Lunitz 6

Waldenburg, Coeliusstrasse 6

Lübbenau, Wehsdorffstrasse 61

Patagon

Bestens geeignet für den gewöhnlichen Zettel. Wiederholung. Verpackung. — Verkauf: Salzgasse 26, Breslau. Durch Verlag Berlin, Ed. Breslau.

Kebabcenter

zum ersten Mal

Der grüne Kebab

abend 10 Uhr

Der grüne Kebab

abend 10 Uhr